

Die Antworten der Parteien:

CDU

Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß wir angesichts der Vielzahl der Briefe und Anfragen im Vorfeld der Landtagswahl und angesichts der Kürze des Wahlkampfes keine detaillierte Beantwortung auf der Grundlage Ihres sehr speziellen Fragenkatalogs vornehmen können.

Grundsätzlich möchten wir sehr herzlich auf unser Programm für die Landtagswahl am 18.01.2009 hinweisen. Dieses Programm ist keine Überarbeitung unseres Regierungsprogramms, sondern ergänzt dieses und enthält in aller Kürze die inhaltlichen Schwerpunkte für die kommende Legislaturperiode.

Fragen der Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind, Regionalverein Hessen,

Antworten der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Unser Ziel ist, jede Schülerin und jeden Schüler entsprechend ihrer und seiner jeweiligen Begabung einen möglichst guten Schulabschluß zu ermöglichen und die dafür notwendigen Fördermöglichkeiten zu bieten, zugleich aber auch die entsprechenden Leistungsanforderungen zu stellen.

Die CDU-geführte Hessische Landesregierung setzt sich seit ihrem Amtsantritt für hochbegabte und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler ein. Hierzu sind flächendeckend modernen Ansprüchen entsprechende Beratungs- und Förderangebote auf- respektive ausgebaut worden. Wir sind der Ansicht, daß ein möglichst wohnortnahes Angebot vorgehalten werden muß. An dieser Zielsetzung halten wir fest.

Spezielle Förderangebote für besonders begabte und lernstarke Schülerinnen und Schüler wie das landesweite Gütesiegel-Hochbegabungsprogramm wollen wir als CDU in allen Teilen Hessens weiter ausbauen.

Gleiches gilt für Beratungsangebote für Eltern, wie die Begabungsdagnostische Beratungsstelle BRAIN in Marburg, deren Arbeit es ausdrücklich zu würdigen gilt. Diese Ziele sind bereits in unserem Regierungsprogramm 2008 bis 2013 fest verankert.

Um in die Internatsschule Schloß Hansenberg (Oberstufengymnasium) aufgenommen zu werden, bedarf es besonderer Leistungsstärke, hoher Motivationen und Sozialkompetenz. Schloß Hansenberg verfügt über ein aus unserer Sicht ausgezeichnetes Konzept, das Praxis und Theorie miteinander verknüpft und das den heutigen Anforderungen zur Vorbereitung auf Studium und Berufsleben Rechnung trägt. Nach dem erfolgreichen Start 2003 konnten im Jahr 2006 die ersten Abiturprüfungen abgelegt werden.

Der zwischen SPD und Grünen im Oktober dieses Jahres ausgehandelte Koalitionsvertrag für die Bildung einer rot-grünen Landesregierung unter Duldung/Beteiligung der Linkspartei sah dagegen die Überführung der „Internatsschule Schloss Hansenberg in eine freie Trägerschaft“ vor (S. 15) – daraus spricht das Mißtrauen von SPD und Grünen gegenüber Spitzenleistungen von Schülerinnen und Schülern, die mit Sozialkompetenz gepaart sind.

An den hessischen Hochschulen gibt es seit diesem Wintersemester 2008/2009 keine allgemeinen Studienbeiträge mehr. Die CDU Hessen hat in ihrem Programm zur Landtagswahl am 18.01.2009 eindeutige Aussagen getroffen und die Wiedereinführung von Studienbeiträgen ausgeschlossen. In unserem Programm heißt es wörtlich: „Wir respektieren die Entscheidung des hessischen Landtags und halten an der Abschaffung der Studienbeiträge fest. Die dadurch wegfallenden Mittel werden in voller Höhe aus dem Landeshaushalt bereitgestellt.“

SPD

An den Positionen der SPD zum Thema Hochbegabtenförderung hat sich nichts verändert. Unser Arbeitskreis hat im Sommer 2008 bei einem Besuch in der Begabungsdagnostischen Beratungsstelle BRAIN in Marburg sich erneut über die Situation hochbegabter Kinder informiert und über Fördermöglichkeiten diskutiert. Wir halten es auch für notwendig, die Arbeit von BRAIN noch stärker von Landesseite zu fördern.

Ansonsten wird auf die Antworten zur Landtagswahl 08 verwiesen.

FDP

Fragen der Gesellschaft für das hochbegabte Kind - Regionalverein Hessen - zur Landtagswahl 2009

1. Treten Sie für eine nachhaltige Positionierung des Themas Hochbegabtenförderung in der Schulpolitik ein?

Antwort FDP:

Hochbegabtenförderung hat für die FDP einen hohen Stellenwert. In der Regierungskoalition mit der CDU von 1999 bis 2003 hat die FDP maßgeblich dazu beigetragen, dass das Thema „Hochbegabtenförderung“ in der Bildungspolitik ideologiefrei behandelt und die einzelnen Maßnahmen der Hochbegabtenförderung gestärkt wurden. Die FDP strebt weiterhin eine konsequente Hochbegabtenförderung an.

2. Befürworten Sie eine integrative und einzelfallbezogene Umsetzung der Hochbegabtenförderung im regulären Schulunterricht? Wie könnte sie Ihrer Meinung nach aussehen?

Antwort FDP:

Die FDP hat sich immer dafür ausgesprochen, dass Hochbegabtenförderung nach Möglichkeit integrativ und im gewohnten sozialen Umfeld des Kindes stattfinden soll. Hochbegabtenförderung sehen wir somit als Bereicherung der Arbeit jeder allgemein bildenden Schule. Insgesamt setzen wir uns dafür ein, dass in den allgemein bildenden Schulen die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes gemäß seiner Stärken und Schwächen zukünftig in den Vordergrund der pädagogischen Arbeit rückt. Dafür fordert die FDP eine Lehrerzuweisung im Umfang von 105%, damit ausreichend Personal für eine intensive Förderung vorhanden ist, sowie mehr Eigenverantwortung der Schulen bei der Personalauswahl, damit auch der Einsatz von Schulassistenten zur Unterstützung der Lehrkräfte bei einer differenzierten Unterrichtsgestaltung möglich wird.

3. Wie sollte es Ihrer Meinung nach mit den Gütesiegelschulen weitergehen? Wie könnten deren Arbeit und Möglichkeiten verbessert werden? Wie könnte eine effektive Evaluation aussehen?

Antwort FDP:

Die Gütesiegelschulen leisten hervorragende Arbeit bei der individuellen und integrativen Förderung hochbegabter Schülerinnen und Schüler und haben somit Vorbildcharakter. Die

FDP ist der Auffassung, dass auch diese Schulen in besonderem Maß von einer 105%-igen Lehrerzuweisung profitieren. Eine Evaluation der Arbeit der Gütesiegelschulen über die allgemeinen Schulinspektionen hinaus, die dazu führt, die positiven Methoden der Gütesiegelschulen herauszuarbeiten und zu veröffentlichen, ist anzustreben. Für eine Anpassung des Etats für die Gütesiegelschulen setzen wir uns im Rahmen der haushaltspolitischen Möglichkeiten ein.

4. Sind Sie dazu bereit, den spezifischen Bedürfnissen der Gruppe hochbegabter Minderleister („Underachiever“) durch besondere Förder- und Hilfsmaßnahmen Rechnung zu tragen?

Antwort FDP:

Die FDP setzt sich dafür ein, dass zukünftig die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes im Zentrum der Unterrichtsgestaltung an den hessischen Schulen steht. Dazu bedarf einer verstärkten Lehreraus- und -fortbildung in diesem Bereich und einer eigenverantwortlichen Unterrichtsgestaltung im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule. Damit Schulen ausreichend Kapazitäten für eine individuelle Förderung sowie für den Einsatz von Schulassistenten erhalten, fordern wir Liberale eine 105%ige Lehrerzuweisung an alle Schulen sowie mehr Eigenverantwortung für die Schulen beim Einsatz des Personals. Die Schulen sollen die Möglichkeit erhalten, 20% der 105% Lehrerzuweisung als Finanzmittel eigenständig und abgestimmt auf die Anforderungen gemäß den besonderen Erfordernissen einsetzen zu können. So können sie auch geeignetes Personal für die besondere Unterstützung von Schülerinnen und Schülern einsetzen, die zu den so genannten Minderleistern zählen.

5. Unterstützen Sie die Verankerung der Hochbegabtenförderung als einen unverzichtbaren Bestandteil in allen drei Phasen der Lehrerbildung (Studium, Referendariat und Lehrerfortbildung)?

Antwort FDP:

Die FDP setzt sich ausdrücklich dafür ein, dass das Thema „Hochbegabtenförderung“ sowie insgesamt Methoden zur individuellen Förderung jedes einzelnen Kindes ein unverzichtbarer Bestandteil aller drei Phasen der Lehrerbildung ist und dass dafür zukünftig ausreichende Angebote vor allem im Bereich der Lehrerfortbildung zur Verfügung stehen.

6. Was müsste Ihrer Meinung nach getan werden, damit die begabten und hochbegabten Kinder in diesem Land anerkannt

und wertgeschätzt werden und in der Gesellschaft ihren Platz finden?

Antwort FDP:

Für Die FDP hat mit einer aktiven Begabten- und Hochbegabtenförderung im Rahmen ihrer schulpolitischen Arbeit seit der vergangenen Regierungskoalition dazu beigetragen, dass dieses wichtige Thema entideologisiert und die Bedeutung der Hochbegabtenförderung für die Gesellschaft und das Bewusstsein darüber gestärkt wurden. Für die FDP ist es wichtig, dass für hochbegabte junge Menschen über den regulären Schulunterricht hinaus Angebote geschaffen werden, die zu ihrer Förderung beitragen. Dafür unterstützen wir eine verstärkte Zusammenarbeit von Schulen und Universitäten sowie anderen Bildungseinrichtungen im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule. Auch kann der Ausbau von Ganztagschulen und-angeboten, den wir fordern, dazu beitragen, dass begabte und hochbegabte Schülerinnen und Schüler durch spezielle Projektangebote am Nachmittag in besonderer Weise gefordert und gefördert werden.

7. Wären Sie bereit, der Vergabe finanzieller Mittel für die Begabtenförderung zuzustimmen und wenn ja, in welcher Höhe?

Antwort FDP:

Die FDP hat sich konsequent für eine Erhöhung der Mittel für den Bereich der Begabtenförderung im Kultushaushalt eingesetzt. Im Rahmen der haushaltspolitischen Möglichkeiten werden wir eine weitere Erhöhung der Förderung überprüfen.

8. Wie stehen Sie zu den Studiengebühren? In Hessen gibt es keinerlei Vergünstigungen für kinderreiche Familien. Familien mit hoch begabten Kindern müssen häufig mehreren Kindern das Studium finanzieren. Bayern und Baden-Württemberg bieten für diese Fälle Regelungen an.

Antwort FDP:

Studiengebühren für das Erststudium schließt die FDP für die nächste Legislaturperiode aus. Zunächst muss evaluiert werden, welche Auswirkungen die Gebühren gehabt haben. Gebühren für Langzeitstudierende und für ein Zweitstudium schließt das nicht aus.

Wiesbaden, 18. Dezember 2008

Da mir in diesem Fall nicht so ganz klar war, wie das Nein der FDP zu den Studiengebühren einzuschätzen ist, habe ich noch einmal nachgefragt. Keine Studiengebühren für ein Erststudium klingt zunächst mal gut. (Bedeutet an der Frankfurter Uni 250 € pro Semester, die nicht als Studien- sondern als Verwaltungsgebühren bezeichnet werden.) Das Erststudium ist aber jetzt nach der Studienreform nur noch der Bachelor-Studiengang, also die ersten drei Jahre. Langzeitstudiengebühren ab Abschluss der Regelstudienzeit – bis zu dem das Studium eher nicht abzuschließen ist, schon aus verwaltungstechnischen Gründen – und später Studiengebühren für das Masterstudium fallen nicht darunter.

Die Antwort der FDP:

Sehr geehrte Frau Hinz,

die FDP hat wegen der großen Unruhe, die die aufgeheizte Diskussion um Studiengebühren gebracht hat, beschlossen, dass in der 18. Legislaturperiode keine Studiengebühren für das Erststudium eingeführt werden sollen. Wir wollen die bestehende Situation der Hochschulen zunächst in Ruhe evaluieren und anschließend eine Entscheidung über den Fortbestand des momentanen Status quo treffen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind Studiengebühren für ein Erststudium jedenfalls ausgeschlossen.

Dies gilt jedoch nicht für Gebühren für Langzeitstudierende bzw. für ein Zweitstudium. Studiengebühren sind für uns ein Steuerungsinstrument, das zu mehr Wettbewerb führen soll. Der Wegfall der Langzeitstudiengebühren hat bereits jetzt wieder dazu geführt, dass die Studierendenzahlen nach Ablauf der Regelstudienzeiten in die Höhe geschneit sind. Die Hochschulen klagen darüber, dass viele Studierende über Jahre an den Hochschulen verbleiben, ohne Leistungen zu erbringen. Dies führt wiederum zu Qualitätsverlusten und kann nicht im Sinne der Studierenden, deren Platz Langzeitstudierende wegnehmen, sein. Zweitstudiengänge, nicht konsekutive Masterstudiengänge inbegriffen, sind eine Zusatzleistung zur „Erstausbildung“, die nicht von der Gesellschaft, sondern in jedem Fall vom Studierenden selbst übernommen werden soll. Jene führen bei erfolgreichem Abschluss zu höherer Qualifikation und mit hoher Wahrscheinlichkeit zu entsprechend höherem Einkommen.

Mittelfristig will die FDP es jeder Hochschule ermöglichen, in ihren Gremien (unter Beteiligung der Studierenden, Professoren und Mitarbeiter) selbst zu entscheiden, ob, in welchem Studiengang und in welcher Höhe sie Gebühren erheben will. Pauschale Zwangsstudiengebühren lehnen wir dagegen seit jeher ab. Ob die Hochschulen tatsächlich flächendeckend von dieser Option Gebrauch machen, ist fraglich. Die Erfahrungen in NRW haben gezeigt, dass die dortigen Hochschulen sehr differenziert und verantwortungsbewusst mit der ihnen zustehenden Autonomie umgegangen sind.

Um die finanzielle Situation von Eltern und Studenten so sozialverträglich wie möglich zu gestalten, beinhaltet „unser“ Studiengebührenmodell soziale Befreiungstatbestände sowie „nachgelagerte“ Studiengebühren. Jeder Studierende soll ohne Ansehen von Einkommens- und Vermögensverhältnissen einen Anspruch auf ein moderat verzinsliches Darlehen, welches erst bei Erzielung hinreichenden Einkommens zurückzuzahlen ist, erhalten. Bei besonders gutem Studienabschluss soll das Darlehen erlassen werden. Zugegeben: Die Kosten für Eltern bzw. Studenten sind je nach Studiendauer sicherlich nicht unbeachtlich, gleichwohl stellen selbst 500 Euro

im Halbjahr nur einen Bruchteil der Kosten eines Studienplatzes, der je nach Studiengang bis zu 30.000,- € pro Studienplatz und Jahr liegt, dar. In diesem Zusammenhang möchte ich zudem darauf hinweisen, dass beispielsweise Gesellen fünfstellige Eurobeträge für ihre Meisterschule allein aufbringen müssen. Hier sind Geldleistungen für eine bestimmte Ausbildung seit eh und je eine Selbstverständlichkeit.

Klar ist für uns aber auch, dass jeder Mensch, der die Begabung hierzu hat, unabhängig von seiner finanziellen Leistungskraft an einer staatlichen Hochschule studieren können soll. Deshalb wollen wir des Weiteren das Stipendienwesen durch einen Stiftungsfonds von Bund, Ländern und Wirtschaft ausbauen. Ziel ist ein ausschließlich die Begabung berücksichtigendes Stipendium von 300,- € / Monat – denn das größte Problem für Studierende sind während des Studiums die jeden Monat anfallenden Lebenshaltungskosten, nicht evtl. Studiengebühren.

Was die von Ihnen kritisierten schlechten Studienbedingungen betrifft, so gilt für unser Modell folgendes: Studiengebühren sind Zusatzbeträge für bestimmte, von der Hochschule zugesag-te Zusatzleistungen. Bei Schlechtleistung bzw. Nichterfüllung entfällt dies bzw. müssen die Gebühren zurückerstattet werden. Die Qualität wird durch eine speziell hierfür anberaumte Kommission, der zu Hälfte Studierende angehören sollen, überprüft.

Sie kritisieren darüber hinaus die mangelnde Information über die Verwendung der an die Hochschule bereits geleisteten Gelder. Diese Unklarheit würde bei Realisierung „unseres“ Finanzierungsmodells entfallen. Wir Liberale wollen Studiengebühren ausschließlich für die Qualität der Lehre an den Hochschulen einsetzen. Hierüber wird gemeinsam mit den Fachbereichen unter Einbeziehung der Studierenden entschieden.

Der Ausbau der Stiftungsuniversität Frankfurt am Main, der vom Land Hessen bei Abschluss aller Arbeiten mit 2 Mrd. € finanziell unterstützt worden sein wird und in den derzeit zusätzlich durch das Strukturprogramm investiert wird, geht gut voran. Der erste Bauabschnitt, die Neubauten für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie dem Hörsaalzentrum und weiteren Mensaräumen, wurde jüngst fertig gestellt. Hier wurde Großartiges geleistet. Ich bin sicher, dass auch die weiteren Bauabschnitte wie geplant zügig fertig gestellt werden. Der 2. Bauabschnitt mit den Gebäuden der Geisteswissenschaften ist bereits begonnen. Die Uni Frankfurt wird künftig allein schon aufgrund ihrer drei Campi sowie ihrer Ausstattung ein Anziehungspunkt für Lehrende und Studierende sein. Letzteres ist nur noch eine Frage der Zeit.

Mit freundlichen Grüßen

Nicola Beer

**Wahlprüfsteine der Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind,
Regionalverein Hessen
zur Landtagswahl 2009**

Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

02. Januar 2009

1) Treten Sie für eine nachhaltige Positionierung des Themas Hochbegabtenförderung in der Schulpolitik ein?

Derzeit bleiben in unserem Bildungssystem die Potenziale vieler Kinder – sowohl der Schwachen als auch der Starken – unentwickelt. Von einer gelingenden individuellen Förderung in einem vielfältigen und durchlässigen Bildungssystem sind wir weit entfernt. Das wollen wir ändern. Der Schlüssel hierfür ist ein Mehr an individueller Förderung für alle Kinder, auch der Hochbegabten, von Anfang an. Mit einer Fülle von Maßnahmen werden wir zur Verbesserung der diagnostischen Kompetenz des pädagogischen Personals und zu einer besseren individuellen Förderung der nachwachsenden Generation beitragen. Wir werden die frühkindliche Bildung stärken, die flexible Eingangsstufe zu Beginn der Grundschule einführen, Ganztagsangebote deutlich ausweiten, für eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Schulen sorgen, die Jugend- und Sozialarbeit in die Schule stärker einbeziehen, die Fortbildung und das Unterstützungssystem für Erzieherinnen und Erzieher sowie für Lehrerinnen und Lehrer verbessern. Für Bündnis 90/Die Grünen hat die Veränderung der Unterrichtskultur und damit der Umgang mit Heterogenität besondere Priorität.

Bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode wollen wir der Hälfte aller weiterführenden Schulen auf freiwilliger Basis ermöglichen, sich zu „Neuen Schule“ nach finnischem Vorbild weiterzuentwickeln. Die Neue Schule gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, in kleineren Lerngruppen mit individueller Förderung länger gemeinsam zu lernen, um sich optimal zu entwickeln. Wir sind davon überzeugt, dass dies in der Spitze, in der Breite und bei leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern zu besseren Ergebnissen führen wird. Wir werden diesen Weg dennoch nicht von oben vorschreiben, denn uns geht es um Konzepte für die Schule von morgen und nicht um den Schulkampf von gestern. Auch an den Schulen des gegliederten Schulsystems werden wir wie eingangs beschrieben die Rahmenbedingungen für individuelle Förderung verbessern.

2) Befürworten Sie eine integrative und einzelfallbezogene Umsetzung der Hochbegabtenförderung im regulären Schulunterricht? Wie könnte sie Ihrer Meinung nach aussehen?

und

4) Sind Sie dazu bereit, den spezifischen Bedürfnissen der Gruppe hochbegabter Minderleister ("Underachiever") durch besondere Förder- und Hilfemaßnahmen Rechnung zu tragen?

Ja, wir halten die Integration der Hochbegabtenförderung in den Regelunterricht für den richtigen Weg. Wir werden die Breitenförderung von Hochbegabten ausweiten. Ein solcher Ansatz benötigt ein angemessenes pädagogisches Förderkonzept sowie die nötigen Freiräume und Rahmenbedingungen, für die die Politik zu sorgen hat, um die Begabungs- und

Leistungspotenziale aller ihrer Schülerinnen und Schüler entwickeln zu können. Die Entwicklung integrativer und individualisierender Einzelfalllösungen auf der Basis individueller Förderpläne steht im Kontext der jeweils unterschiedlichen Standortbedingungen der Schule. Qualitätsmerkmal einer jeden Schule muss die Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler mit ihren Stärken und Schwächen sein. Wichtig ist uns, dass die Förderkonzepte im Schulprogramm verankert sind, dass im Kollegium die diagnostische Kompetenz durch Fortbildung weiter ausgebaut wird, dass individualisierte Lernpläne erstellt werden und Elternberatung ernst genommen wird. Die Forderung nach einer auf Heterogenität orientierten Didaktik verlangt eine entsprechende Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Durch Kooperation mit externen Einrichtungen ist es der Schule möglich, zum Nutzen ihrer Schülerinnen und Schüler weitere Ressourcen zu erschließen. Schulen brauchen darüber hinaus ein leistungsfähiges und flexibles Unterstützungssystem, das auch andere Professionen einbezieht, um ihren Aufgaben gerecht werden zu können. Wir werden Schulen durch die Ausweitung der Schulsozialarbeit und zusätzliche Schulpsychologinnen und -psychologen sowie weitere beratend tätige Berufsgruppen zusätzlich dabei unterstützen, Hochbegabte im regulären Schulunterricht zu fördern und auch den Bedürfnissen „hochbegabter Minderleister“ Rechnung zu tragen.

3) Wie sollte es Ihrer Meinung nach mit den Gütesiegelschulen weitergehen? Wie könnten deren Arbeit und Möglichkeiten verbessert werden? Wie könnte eine effektive Evaluation aussehen?

In Gütesiegel-Schulen wird Heterogenität bereits als Chance gesehen. Wir unterstützen diese Prozesse (siehe auch unsere Antworten auf die Fragen 1 und 2), fordern politisch die dafür notwendige Ausstattung, halten wissenschaftliche Begleitung für hilfreich und wollen, dass die Erfahrungen im Sinne von "Best-practice-Beispielen" anderen Schulen zugänglich gemacht werden. Die Politik muss hinreichende Ressourcen zur Verfügung stellen, damit individuelle Förderung in Hessen nicht länger nur auf dem Papier steht. Bildungsstandards liefern Grundlagen für die Bewertung der Leistung des Bildungssystems und interne und externe Evaluationen von Schulen können wichtige Anregungen zur weiteren Qualitätsverbesserung geben. Wir wollen diese Instrumente so weiterentwickeln, dass sie unseren Schulen verwertbare Rückmeldungen zu ihrer Arbeit geben. Wir wollen die Schulen in die Lage versetzen, auf dieser Grundlage tatsächlich Veränderungen auf den Weg bringen zu können. Die derzeitigen Schulinspektionen folgen hingegen dem Prinzip ‚Diagnose ohne Therapie‘. Die Schulen werden mit den Ergebnissen alleine gelassen und kaum dabei unterstützt, aus den Ergebnissen der Schulinspektion auch Konsequenzen ziehen zu können. In zunehmend eigenverantwortlich arbeitenden Schulen müssen die Staatlichen Schulämter sich stärker zum Anbieter von Dienstleistungen und Unterstützungsangeboten für die Schulen wandeln. Damit Schulen künftig eine abgestimmte und bedarfsgerechte Unterstützung aus einer Hand erhalten, sollen die Staatlichen Schulämter mit den kommunalen Schulträgern in regionalen Bildungsbüros zusammenarbeiten.

5) Unterstützen Sie die Verankerung der Hochbegabtenförderung als einen unverzichtbaren Bestandteil in allen drei Phasen der Lehrerbildung (Studium, Referendariat und Lehrerfortbildung)?

Lehrerinnen und Lehrer müssen darin aus- und fortgebildet werden, die Heterogenität ihrer Schülerschaft wertzuschätzen und produktiv mit der Vielfalt ihrer Kompetenzen umzugehen. Der Schlüssel dafür, die Potenziale aller Kinder, auch der Hochbegabten, umfassend zu entwickeln, ist diagnostische Kompetenz, ein Mehr an individueller Förderung von Anfang an und eine enge Kooperation der verschiedenen Bildungsorte. Damit es gelingt, sowohl

Hochbegabte als auch alle anderen Kinder optimal zu fördern, muss die Entwicklung dieser Kompetenzen systematischer Bestandteil aller Phasen der Lehrerbildung und auch der Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher werden. Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher müssen in die Lage versetzt werden, die Entwicklung aller Kinder systematisch zu beobachten, Lern- und Entwicklungsstände zu diagnostizieren sowie Bildungsprozesse zu begleiten und gezielt zu fördern. Ihre Aufgabe ist es ebenso, Eltern pädagogisch qualifiziert zu beraten. Wir halten es für notwendig, die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern stufenweise auf Fachhochschulniveau anzuheben und dabei auch neue und stärker bildungsbezogene Inhalte in die Ausbildung zu integrieren. Um im Bereich der frühen Bildung zügige Qualitätsverbesserungen zu erreichen, spielt neben der Aus- auch die Fortbildung eine wichtige Rolle. Aus diesem Bereich hat das Land sich jedoch weitgehend zurückgezogen und diese Aufgabe den örtlichen öffentlichen und den freien Trägern der Jugendhilfe zugewiesen. Wir wollen gemeinsam mit den Trägern und unter Nutzung der vorhandenen Strukturen und Kompetenzen, auch aus dem Schul- und Hochschulbereich, ein tragfähiges und abgestimmtes Fortbildungsangebot entwickeln, das Erziehungskräfte und Lehrkräfte gemeinsam erreicht. Inhaltlich sollen im Rahmen dieses Fortbildungsprogramms insbesondere Kompetenzbereiche abgedeckt werden, die in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher sowie von Grundschullehrerinnen und -lehrern bislang nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben (so z.B. die Fähigkeit zur differenzierten individuellen Förderung, zum Umgang mit leistungs-, alters- und herkunftsbezogener Heterogenität, integrative und interkulturelle Kompetenz, ausgebaute entwicklungspsychologische und diagnostische Kenntnisse, Fähigkeit zur Sprachförderung, zur motivierenden Leseförderung, zur Bildungsberatung für Eltern etc.).

6) Was müsste Ihrer Meinung nach getan werden, damit die begabten und hochbegabten Kinder in diesem Land anerkannt und wertgeschätzt werden und in der Gesellschaft ihren Platz finden?

Die Heterogenität von Menschen - auch deren unterschiedliche Begabungen, Kompetenzen und Leistungsniveaus sowie sozialen und kulturellen Hintergründe – müsste endlich wertgeschätzt werden, anstatt als störend empfunden zu werden. Es ist an der Zeit, mit dem Aussortieren von Kindern aufzuhören. Es beruht auf der verbreiteten Fiktion, dass Lerngruppen möglichst homogen sein sollten, um ihre Mitglieder zu guten Ergebnissen zu bringen. Das Gegenteil ist der Fall. Formen des längeren gemeinsamen Lernens (siehe unsere Antwort auf Frage 1) können dazu beitragen, bestehende Unterschiede fruchtbar zu machen und alle Kinder – die Starken wie die Schwachen – optimal zu fördern. Allerdings müssen Lehrerinnen und Lehrer durch Aus- und Fortbildung besser dabei unterstützt werden, produktiv mit der Vielfalt der Kompetenzen ihrer Schülerinnen und Schüler umgehen zu können.

7) Wären Sie bereit, der Vergabe finanzieller Mittel für die Begabtenförderung zuzustimmen und wenn Ja, in welcher Höhe?

An unseren Schulen klemmt es an allen Ecken und Enden. Die Grenze der Belastung ist erreicht, wenn nicht überschritten. Wir wollen unmittelbar nach einem Regierungswechsel die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen aller Schulen verbessern und sie von Bürokratie und Gängelung entlasten. Dazu gehört für uns u.a. eine 105-prozentige Lehrerversorgung. Nicht alle Probleme unseres Bildungssystems lassen sich mit Geld lösen, aber ohne zusätzliches Geld wird es nicht gehen. Die Zukunft unserer Kinder muss uns etwas wert sein. Deshalb wollen wir die Ausgaben für Bildung spürbar erhöhen. Dazu werden wir Haushaltsmittel aus anderen Bereichen umschichten und der Bildung im Haushalt Priorität

einräumen. Die im Zuge des demografischen Wandels in den kommenden Jahren sinkenden Schülerzahlen werden wir nicht zu Einsparungen im Bildungsbereich nutzen. Stattdessen werden wir in die Qualität unseres Schulsystems investieren. Seit Jahren haben wir GRÜNE in Haushaltsanträgen die Landesregierung dazu aufgefordert, mehr Mittel zur Ausweitung der Breitenförderung von Hochbegabten an hessischen Schulen und zur Verkürzung der Wartezeiten bei der begabungsdiagnostischen Beratungsstelle BRAIN einzusetzen. Leider hat die CDU-Regierung unsere Anträge immer abgelehnt.

8) Wie stehen Sie zu den Studiengebühren? In Hessen gibt es keinerlei Vergünstigungen für kinderreiche Familien. Familien mit hoch begabten Kindern müssen häufig mehreren Kindern das Studium finanzieren. Bayern und Baden-Württemberg bieten für diese Fälle Regelungen an.

Studiengebühren lösen die Probleme unserer Hochschulen nicht, im Gegenteil! Studiengebühren drohen die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunft drastisch zu verschärfen. Schon heute haben Kinder aus so genannten bildungsfernen Schichten und Kinder mit Migrationshintergrund trotz gleicher Begabung und Potenziale wesentlich geringere Chancen auf eine Hochschulbildung als Kinder von Akademikerinnen und Akademikern. Die Notwendigkeit, sich für ein Studium weiter zu verschulden als dies bei BAföG-Bezug ohnehin bereits erforderlich ist, schreckt insbesondere Studierwillige aus sozial benachteiligten Schichten von der Aufnahme eines Studiums ab. Wir wollen nicht, dass Menschen aus sozialen und finanziellen Gründen vom Studium ausgeschlossen werden. Stattdessen sollen mehr junge Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die Möglichkeit bekommen zu studieren.

Daher haben wir die Studiengebühren abgeschafft. Das ist ein großer Erfolg. Seit dem Wintersemester 2008/2009 können junge Menschen in Hessen wieder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern studieren. Die Verbesserung der Studienbedingungen haben wir dabei gesichert: Die Hochschulen bekommen die Mittel voll aus dem Landeshaushalt ersetzt. Das war uns sehr wichtig. Nun müssen weitere Schritte für mehr Chancengerechtigkeit folgen. Denn wir brauchen mehr Studierende – aus allen Schichten der Gesellschaft.

Durch eine ausreichende Finanzierung, die über die im Bund-Länder-Hochschulpakt 2020 vorgesehenen Mittel hinausgeht, wollen wir die Hochschulen in die Lage versetzen, in den kommenden Jahren tatsächlich mehr Studierende aufzunehmen. Nur so können wir die Bildungsbeteiligung und auch die chancengerechte Teilhabe an Bildung erhöhen, einem Mangel an hoch qualifizierten Fachkräften entgegenwirken und verhindern, dass sich die angespannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt durch Verdrängungseffekte weiter verschärft.

Die Linken

Sehr geehrte Frau Hinz,

Die Antworten sind weiterhin zutreffend. Ich möchte lediglich meine Antwort auf Frage 6 ergänzen um den Passus:

Wir sind der Meinung, dass es auch bei uns gelingen kann, nach dem Vorbild der skandinavischen Länder Gemeinschaftsschulen einzurichten, in denen alle Kinder individuell in solcher Weise gefördert werden können, dass all ihre Möglichkeiten ausgeschöpft werden und sie dennoch mit den Kindern aus Nachbarschaft etc. gemeinsam lernen. Siehe dazu auch die Antwort auf Frage 2.

Herzlichen Dank und viele Grüße

Barbara Cárdenas (Dipl.Psych., Dipl.Päd.)

Bildungs- und migrationspolitische Sprecherin

Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag

0611-350-6075

die Freien Wähler:

Sehr geehrte Frau Hinz,

vielen Dank für Ihre Anfrage, als Anlage die Antworten auf Ihre Fragen zur Wahl, beantwortet von Frau Ivaloo Schölzel.

Hochbegabung ist eine besondere Gabe und Chance, die mehr Beachtung finden sollte in der Gesellschaft.

Allerdings bedürfen oftmals „verhaltensauffällige Kinder“ in erster Linie besondere Beachtung. Wir wissen, wenn die Hochbegabung nicht erkannt wird oder eine angemessene Förderung ausbleibt, kann es zu Unterforderung kommen, insbesondere in der Schule. Vor allem jüngere Kinder können damit schlecht umgehen. Gerade das hoch begabte Kind, dessen intellektuelle Lernfähigkeit vielfach nicht voll beansprucht wird, bedarf in besonderer Weise der Anregung und Förderung wie auch Geduld, Toleranz und Ermutigung, wenn es zu sich und seinen Fähigkeiten Vertrauen finden soll. Dazu gehört unserer Meinung nach schon die frühzeitige Erkennung. Deshalb sprechen wir uns bei der Lehrerausbildung auch für eine erweiterte Aus- und Fortbildung von Lehrer-/Innen und Erzieher-/Innen aus.

Ziel der Förderung von hoch begabten Kindern sollte sein, dass diese unabhängig von ihrer Herkunft und ihren eigenen Zielen in ihrer Individualität gestärkt werden und sich als psychisch stabile Individuen in die Gesellschaft integrieren. Die Sicht der Gesellschaft auf Hochbegabung ist häufig stark von der Präsentation durch die Hochbegabung in Medien abhängig. Deshalb halten wir Ihre Arbeit in auch zum Zwecke der Aufklärung für äusserst wichtig.

Nicht zuletzt begrüßen solche Einrichtungen wie Ihre Gesellschaft für das hochbegabte Kind, bedanken uns für Ihre wertvolle Arbeit und wünschen Ihnen alles Gute. Wir hoffen wir konnten Ihnen auf diese Weise Antworten auf Ihre Fragen geben. Sollten Sie weitere Fragen haben, stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Herzliche Grüße

Laura Macho

FREIE WÄHLER Hessen e.V.